



Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz  
Postfach 3280 | 55022 Mainz

LSVD<sup>+</sup>-Bundesverband  
Frau  
Henny Engels  
Almstadtstraße 7  
10119 Berlin

DER MINISTER

Schillerplatz 3-5  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-3595  
Poststelle@mdi.rlp.de  
www.mdi.rlp.de

22 . Februar 2025



## **Umsetzungsstand der Handlungsempfehlungen zur Bekämpfung von homosexuellen- und transfeindlicher Gewalt**

Sehr geehrte Frau Engels,

vielen Dank für Ihre Anfrage vom 28. Januar 2025 zum Stand der Umsetzung des Beschlusses der Ständigen Konferenz der Innenminister und –senatoren (IMK) zu TOP 33 der Frühjahrskonferenz 2023.

Die IMK bittet darin Bund und Länder um Prüfung, ob und wie die im Abschlussbericht des Arbeitskreises „Bekämpfung homophober und transfeindlicher Gewalt“ enthaltenen Handlungsempfehlungen umgesetzt werden können.

Zum aktuellen Umsetzungsstand kann ich Ihnen folgendes berichten:

### **Einrichtung und Ausstattung von Ansprechstellen LSBTIQ\* bei der Polizei**

Die Polizei hat bereits vor Jahren eine landesweite Ansprechstelle für lesbische, schwule, bisexuelle, transidente und intergeschlechtliche Menschen und sich in anderer Weise als queer verstehende Personen (AS LSBTI\*) eingerichtet. Die Aufgabe der Ansprechperson in dieser Stelle nimmt eine Polizeibeamtin wahr. Die Fachaufsicht obliegt dem Ministerium des Innern und für Sport (Mdi), die Dienstaufsicht der Leitung der Polizeibehörde, der die Ansprechperson angehört. Zu ihrer Unterstützung benennt jede Behörde bis zu zwei regionale Ansprechpersonen.



Die Ansprechperson übt diese Aufgabe während der Dienstzeit weisungsunabhängig im Nebenamt aus. Bei Bedarf wird sie im Hauptamt entlastet – nach der aktuell geltenden Dienstvereinbarung im Jahresdurchschnitt bis zu 50 % der regulären Arbeitszeit. Die regionalen Ansprechpersonen werden nicht freigestellt.

Mit der aktuellen Dienstvereinbarung wurden auch die Arbeitsschwerpunkte bestätigt: Sensibilisierung der Dienststellen für den internen wie externen diskriminierungsfreien Umgang mit LSBTI\*, Unterstützung von Opfern queerfeindlicher Diskriminierung oder Gewalt, interne wie externe Öffentlichkeitsarbeit sowie Mitwirkung in der polizeilichen Aus- und Weiterbildung, um bereits dort die Situation und Anliegen queerer Menschen zu beachten. Die AS LSBTI\* vertritt außerdem die Anliegen in der AG „Werte und Rolle der Polizei“ der landesweiten „Kommission innere Führung (KIF)“ und berät die Zentralstelle Werbung und Einstellung bei der Absicht, LSBTI\*-Personen anzusprechen.

### **Zusammenarbeit mit (Opfer-)Beratungsstellen und LSBTI\*-Selbstvertretungen**

Die Landesregierung hat in 2016 das Amt der bzw. des Landesbeauftragten für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Geschlechtsidentität eingerichtet, welches seit Mai 2023 durch Staatssekretär Janosch Littig, Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration, bekleidet wird. In dieser Funktion ist er Ansprechperson für alle Menschen mit queerpolitischen Belangen in Rheinland-Pfalz, hat eine Botschafterfunktion für die Belange von LSBTIQ\* und leitet aus der Kommunikation mit den gesellschaftlichen Gruppen politische Handlungsbedarfe ab.

Im Rahmen des Landesaktionsplans „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ (LAP Regenbogen) haben alle Ministerien Ansprechpersonen für die Zusammenarbeit bezüglich der Umsetzung und Fortschreibung der Maßnahmen des Aktionsplans benannt. Diese stehen untereinander in Kontakt und kommen mindestens einmal im Jahr beim Runden Tisch LAP Regenbogen mit der Community und den Vertretenden der geförderten Projekte – darunter auch (Opfer-)Beratungsstellen und LSBTIQ\*-Selbstvertretungen – zum Austausch zusammen. Die sonstige Zusammenarbeit findet projektbezogen statt, wie z.B. bei der Erstellung der Handreichung „Trans\*, Inter\*, Nicht-binär\* - Akzeptanz und Inklusion geschlechtlicher Vielfalt und Identität in der Schule“. Hier haben mehrere Ressorts sowie Vertreterinnen und Vertreter der Community zusammengearbeitet.



Darüber hinaus hat die Landesregierung seit 2017 merkmalsübergreifende Beratungsstellen aufgebaut, die auch das Phänomen Queerfeindlichkeit behandeln und auch direkt im Austausch mit Queer-Selbstorganisationen und Landesbeauftragten stehen.

So berät, unterstützt und informiert die „Betroffenenberatung Rheinland-Pfalz - Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“ Betroffene und Zeuginnen sowie Zeugen von rechten, rassistischen und antisemitischen Angriffen. Die Beratungsstellen unterstützen Betroffene, das Erlebte emotional aufzuarbeiten, bieten Informationen zu rechtlichen Möglichkeiten an und leisten auf Wunsch der Betroffenen bei der Suche nach Rechtsanwältinnen und -anwälten sowie medizinischer oder psychologischer Versorgung Hilfe. Zudem kann die Betroffenenberatung zu Terminen (z. B. bei Ärztinnen und Ärzten, Psychologinnen und Psychologen, Rechtsanwältinnen und -anwälten, Polizei oder Gericht) begleiten und bei der Beantragung von Entschädigungsleistungen helfen. Darüber hinaus vermittelt die Beratungsstelle auf Wunsch an andere geeignete Beratungs- und Hilfestellen. Die Betroffenenberatung Rheinland-Pfalz ist landesweit tätig und in zwei Regionalstellen (Nord-West und Mitte-Süd) gegliedert.

Ferner bietet das kostenfreie Beratungsangebot der „Beratungsstelle „SoliNet“ gegen Hass und Gewalt im Netz“ Hilfestellung bei Fragen der Online-Sicherheit und psychosoziale Unterstützung nach Hass und Gewalterfahrungen im Netz. Die vorhandene juristische Qualifikation und darüber hinaus die Zusammenarbeit mit einer Anwaltskanzlei gewährleisten fundierte juristische Einschätzungen auch in schwierigen Fällen. So kann gegebenenfalls eine juristische Ersteinschätzung abgegeben werden und technische Unterstützung bei der Beweissicherung geleistet werden. Mit SoliNet soll eine zentrale Anlaufstelle für Hatespeech in Rheinland-Pfalz etabliert werden, die sowohl individuelle Unterstützung, als auch Expertise für Betroffene und präventiv handelnde Akteurinnen und Akteure anbietet. SoliNet ist angesiedelt bei der Landesmedienanstalt Rheinland-Pfalz in Ludwigshafen und steht somit in einem engen Austausch mit weiteren Aktivitäten und Projekten wie Klicksafe und dem Programm „Verfolgen und Löschen“. Das Projekt soll auch Anlauf- und Vernetzungsstelle für rheinland-pfälzische zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure sein, um diese im Umgang mit antidemokratischen und menschenfeindlichen Vorfällen im digitalen Raum zu unterstützen. Dazu ist sie in zivilgesellschaftlichen Netzwerken verankert.



Im Interesse der Hilfeleistung für Geschädigte setzt die Polizei Rheinland-Pfalz darüber hinaus eigene Opferschutzbeauftragte ein. Opferschutz ist zwar grundsätzlich Aufgabe aller Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Darüber hinaus stehen jedoch in den fünf regionalen Polizeipräsidien Opferschutzbeauftragte zur Verfügung. Diese bieten Opfern, Zeuginnen und Zeugen und Angehörigen persönliche oder telefonische Beratung an und vermitteln weitere Hilfsangebote vor Ort. Die Mitarbeitenden der Opferschutzstellen sind im Thema Queersensibilität geschult.

Ferner informieren die Polizeilichen Beratungsstellen der regionalen Polizeipräsidien und des LKA zu unterschiedlichsten Fragen kompetent, neutral und kostenfrei. Hier stehen Fachkräfte zur Verfügung, die Auskünfte und Hilfe u. a. zu Themen der polizeilichen Kriminalprävention oder zum Thema Opferschutz auch im Bereich queere Menschen geben.

Die AS LSBTI\* arbeitet mit (polizeilichen) Beschwerde-, Beratungs- und Opferschutzstellen zusammen. Sie betreibt aktive Netzwerkarbeit und vertritt die Polizei des Landes im Rahmen ressortübergreifender Gremien und im landesweiten Zusammenschluss von Selbstorganisationen und Initiativen, QueerNet Rheinland-Pfalz e.V. Außerhalb ihrer dienstlichen Aufgaben ist die Ansprechperson Sprecherin dieses Netzwerks. Sie fungiert als Kontaktstelle zur Polizei für Initiativen, Netzwerke und (Selbst)Organisationen, die sich der Aufklärung über die Vielfalt von Lebensweisen und der Prävention von Diskriminierung widmen. Sie arbeitet mit dem Verband lesbischer und schwuler Polizeibediensteter in Deutschland (VelsPol), Trägern und Trägerinnen der Kriminalprävention und außerpolizeilichen Interessenverbänden zusammen. Sie vertritt ferner die Polizei beim landesweiten „Runden Tisch“ der Ressorts der Landesregierung, nachgeordneter Behörden, gesellschaftlicher Gruppen und Queer-Organisationen für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans- und Inter- und nichtbinäre Menschen (LSBTIN) im MFFKI. Der Runde Tisch dient als Dialog-, Planungs- und Kontrollforum für die Umsetzung des LAP Regenbogen und des Anliegens der Landesregierung, Diskriminierung zu vermeiden und Vielfalt positiv zu gestalten.

## **Präventionsarbeit**

Für queere Menschen, die von Gewalt betroffen sind, und deren Angehörige gibt es seit 2022 die Fachberatungsstelle Quint\*, an die sie sich mit ihren Anliegen wenden können. Die Beratung ist fokussiert auf Erlebnisse wie Diskriminierungen, physische



Verletzungen und Gewalt, die von den bestehenden Beratungsangeboten für queere Menschen nicht aufgefangen werden können. Die psychosoziale Beratung wird durch zwei Berater:innen vor Ort in Mainz sowie digital und telefonisch durchgeführt. Trägerin der Beratungsstelle Quint\* ist profamilia e.V.

In Rheinland-Pfalz verteilt gibt es zudem regionale Angebote der TIN-Beratung. Dies beinhaltet Beratung für trans\*, inter\* und nicht-binäre\*-Personen. Diese wird durchgeführt von Organisationen wie der Deutschen Gesellschaft für Trans\*- und Inter\*geschlechtlichkeit e.V. (dgti e.V.) und QueerNet e.V. und durch das Land bezuschusst. Zudem findet Beratung für queere Menschen auch in den Queeren Zentren in Mainz und Trier statt. U. a. auf dem Weg der Verweisberatung finden Betroffene dadurch zur Beratungsstelle Quint\*.

Auch über das durch das MFFKI finanzierte Projekt „Sensibilisierung für Familienvielfalt“ werden Informationen zu Anlaufstellen verbreitet. Das Projekt hat das Ziel, das Akzeptanzverständnis von Regeleinrichtungen (Kitas, Berufsschulen, Gesundheitsbereich, Arbeitswelt, Sport, Medien u.a.) für sexuelle Vielfalt zu öffnen. Ein landesweiter Koordinator sowie vier regionale Koordinator\*innen beraten dazu Fachkräfte und bieten themenspezifische, passgenaue Fortbildungen an. Mittlerweile treten immer mehr Fachkräfte, beispielsweise aus Berufsschulen, mit konkreten Fragestellungen und Problemsituationen an das Projekt heran. Im Rahmen des Projektes „Sensibilisierung für Familienvielfalt“ begleiten die Koordinierenden auch queere Jugendgruppen in den Jugendzentren, vielfach wenden sich auch Fachkräfte der Jugendeinrichtungen an das Projekt.

Mit dem Programm SCHLAU gibt es im Rahmen der Demokratieerziehung ein peergroupgestütztes Bildungsangebot an rheinland-pfälzischen Schulen. Ehrenamtliche junge Menschen, die gezielt qualifiziert wurden, besuchen Schulen, Jugendeinrichtungen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung, um über die Lebenssituation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, transidenten, intergeschlechtlichen und nichtbinären Menschen zu informieren, um für die Akzeptanz von vielfältigen Lebensweisen einzutreten und Diskriminierungen vorzubeugen.

Das Projekt „Queer-View“ verbindet zudem Film- bzw. Medienarbeit mit Dialogformaten, indem in regelmäßigen Abständen Filmabende mit



Diskussionsveranstaltungen vorwiegend in Mainz und Koblenz durchgeführt werden. Ziele des Formats sind der Ausbau gesellschaftlicher Akzeptanz von Vielfalt.

Die Arbeit gegen jegliche Form von Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, so auch gegen Queerfeindlichkeit, ist darüber hinaus seit vielen Jahren Schwerpunkt der Leitstelle Kriminalprävention im MdI. Sie verfolgt dabei vor allen Dingen einen universellen Präventionsansatz im Sinne der Demokratie- und Toleranzerziehung, um die Resilienz gegen Hass und Gewalt zu stärken. Der Leitstelle stehen für diese Zwecke gesonderte Haushaltsmittel in Höhe von 150.000, 00 € p.a. zur Verfügung. Mit diesen werden eigene Initiativen und Kampagnen umgesetzt sowie Projekte anderer Präventionsträgerinnen und -träger (z.B. Kommunen, zivilgesellschaftliche Bündnisse) unterstützt. Gleichzeitig ist die Leitstelle - auch in diesem Thema - stark in der ressortübergreifenden und interdisziplinären Netzwerkarbeit, z.B. mit dem Demokratiezentrum RLP und der Landeszentrale für politische Bildung RLP, engagiert.

Hervorzuheben ist die polizeiliche Initiative contraHass RLP. Diese richtet sich mit unterschiedlichen Bausteinen der internen und externen Öffentlichkeitsarbeit, der Fach- und Fortbildung, der Netzwerkarbeit sowie der Kompetenzschärfung im Rahmen der Fallbearbeitung an unterschiedliche Zielgruppen. Zentraler Baustein der Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit ist die Onlineplattform [www.contraHass.rlp.de](http://www.contraHass.rlp.de), welche über unterschiedliche Formen digitalen Hasses, so auch Queerfeindlichkeit, aufklärt sowie Beratungs- und Unterstützungsangebote, wie beispielsweise die Ansprechstelle der Polizei Rheinland-Pfalz für lesbische, schwule, bisexuelle, transidente und intergeschlechtliche Menschen (AS LSBTI\*), aufzeigt.

### **Fort- und Ausbildung der Polizei**

Die Basis akzeptierenden und respektvollen Umgangs durch Beamtinnen und Beamte liefert die Aus- und Fortbildung. Dort sind die Belange von LSBTI\*-Personen aufgenommen. In der aktuellen Dienstvereinbarung ist festgehalten, dass die AS LSBTI\* noch stärker in das Curriculum und in die Fortbildungspläne einbezogen werden soll. Im Curriculum des Bachelor-Studiengangs „Polizeidienst“ sind der Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes, die Antidiskriminierungspolitik und -strategien des Landes, die Vielfalt in der Bevölkerung und eine diskriminierungsfreie Wahrnehmung der Aufgaben im Sinne einer bürgerpolizeilichen



Haltung feste Bestandteile. Sie werden in unterschiedlichen Disziplinen während des Studiums aufgegriffen. Dazu gehört auch die Aufklärung über queerfeindliche Hasskriminalität. Im Zentrum steht der „professionelle Umgang mit Vielfalt“. An diesen Querschnittsthemen sind immer wieder die AS LSBTI\* sowie außerpolizeiliche Einrichtungen und Verbände beteiligt. Zur Fortbildung gehört das Angebot eines Seminars „Queeres Basiswissen für die Polizei“.

Das Mdl erstellte 2019 eine Handlungsanweisung zum Umgang mit Trans\* und Inter\* Personen. Diese wird derzeit aktualisiert. Damit nahm Rheinland-Pfalz bundesweit eine Vorreiterrolle ein. Die AS LSBTI\* unterstützte die Abfassung. So konnten Erfahrungen und Erkenntnisse von Trans\*-Polizeikräften, der Deutschen Gesellschaft für Trans\*- und Inter\*geschlechtlichkeit e.V. (dgti e.V.) sowie der Ansprechstellen anderer Länder in die Handlungsanweisung einfließen.

## **Statistische Erfassung und Dunkelfeldforschung**

Erkenntnisse der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) und der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) zeigen, dass die Dunkelziffer an gewalttätigen Übergriffen und strafbaren Anfeindungen weit über den registrierten Fällen liegt, da viele betroffene LSBTI\* die Vorfälle nicht der Polizei melden oder die Polizei sie nicht angemessen registriert. Von den von der FRA in Deutschland befragten LSBTI\*-Personen – nach Bundesländern wurde nicht differenziert – gaben 13 % an, in den zurückliegenden fünf Jahren queerfeindliche physische oder sexuelle Gewalt erlebt zu haben. Belästigung innerhalb des zurückliegenden Jahres erfuhren 36 %. Bei der Polizei zeigten den jüngsten Übergriff nur 13 % der Betroffenen an.

Ein großes Dunkelfeld bedeutet verborgenes Leid der Betroffenen. Es führt auch dazu, dass der Polizei ein realistisches Bild und eine sinnvolle Grundlage fehlen, um politische Verantwortungsträgerinnen und -träger zu informieren und wirksame polizeiliche Bekämpfungskonzepte aufzubauen. Eigene Schwerpunkt- und Dunkelfeldstudien auf Landesebene scheinen jedoch nicht sinnvoll. Eine Aufhellung des Dunkelfeldes erwartet Rheinland-Pfalz auch durch die – nicht-polizeiliche – Melde- und Dokumentationsstelle für menschenfeindliche Vorfälle in Rheinland-Pfalz (weitere Informationen siehe [www.meldestelle-rlp.de](http://www.meldestelle-rlp.de)). Die Meldestelle dokumentiert menschenfeindliche Übergriffe und Vorfälle in Rheinland-Pfalz. Dazu zählen unter anderem Beleidigungen, körperliche Angriffe, gezielte Sachbeschädigungen,



Bedrohungen, psychische Gewalt und Mobbing, dabei werden auch verifizierte Fälle unterhalb des Strafbarkeitsniveaus aufgenommen. Ziel ist die Erstellung eines zivilgesellschaftlichen Lagebildes für menschenfeindliche Gewalt in Rheinland-Pfalz und - auf Wunsch - die Vermittlung von Beratung und Unterstützung für Betroffene. 2023 wurden 70 queerfeindliche Vorfälle in Rheinland-Pfalz verzeichnet – die teilweise nicht zur Anzeige gebracht wurden. Die Melde- und Dokumentationsstelle für menschenfeindliche Vorfälle in Rheinland-Pfalz ist beim Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau angesiedelt, Sitz ist Mainz.

Hinsichtlich der Dunkelfeldforschung wurde zwar in der Studie des Bundeskriminalamts (BKA) und der Länder (u. a. Rheinland-Pfalz) „Sicherheit und Kriminalität in Deutschland – SKiD 2020“ erhoben, inwiefern Personen vermuten, aufgrund ihres Geschlechts, ihrer geschlechtlichen Identität oder sexuellen Orientierung Opfer von Körperverletzung geworden zu sein, jedoch nicht, inwiefern sich die Befragten selbst als queere Personen identifizieren. In der Anfang 2024 durchgeführten Erhebung von SKiD 2024 konnten die Befragten angeben, inwiefern sie sich selbst der Gruppe der LSBTIQ-Gemeinschaft zugehörig fühlen. In Kombination mit der Erhebung von Opfererfahrungen aufgrund vorurteilsgeleiteter Straftaten werden dadurch zukünftig Aussagen über das Ausmaß des kriminalstatistischen Dunkelfeldes im Bereich Hasskriminalität innerhalb der Gruppe der LSBTIQ eher möglich sein.

Dies ist auch bei der aktuell laufenden (2023/2024) geschlechterübergreifenden Opferbefragung zu Gewalterfahrungen „Lebenssituation, Sicherheit und Belastung im Alltag“ (LeSuBiA) der Fall, die das BKA gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern und für Heimat und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend verantwortet. Ziel der Befragung ist es, das Dunkelfeld im Bereich von Gewaltvorkommnissen in Deutschland zu untersuchen. Dabei wird u. a. erhoben, inwiefern es sich bei den Gewalterfahrungen außerhalb von Partnerschaften um Hassdelikte handelt. Darüber hinaus wird die Zugehörigkeit zur Gruppe der LSBTIQ-Gemeinschaft erfragt. Dadurch können zukünftig Aussagen zum Dunkelfeld bei hassmotivierten Gewaltdelikten gegen LSBTIQ getroffen werden.

Die Umsetzung der Empfehlungen zur Überprüfung der statistischen Erfassung von Fällen der Hasskriminalität gegen LSBTIQ\* (Änderungen Meldedienst; Erstellung



Lagebild) sowie zu möglichen Änderungen des Strafrechts und weiterer Vorschriften zur Bekämpfung von queerfeindlicher Hasskriminalität (StGB, StPO, RiStBV, Polizeigesetze/Gewahrsamsordnungen) liegt in der Verantwortung der Bundesregierung. Die Qualität der statistischen Erfassung queerfeindlicher Straftaten unterstützt das MdI durch entsprechende Informationen an die Polizeidienststellen, ergänzt durch praktische Hilfestellungen der AS LSBTI\* wie das Faltblatt „Bearbeitung und statistische Erfassung von homo- und transphoben Straftaten“. Es ist auch möglich, queerfeindliche Straftaten direkt bei der AS LSBTI\* zur Anzeige zu bringen.

Abschließend möchte ich betonen, dass die Landesregierung Rheinland-Pfalz der Bekämpfung homophober und transfeindlicher Gewalt in der Vergangenheit wie auch zukünftig einen herausragenden Stellenwert beimisst.

Mit freundlichen Grüßen

